

## **Grossratssession Mai 2015: Bericht der SP-See-Deputation**

**Staatsrechnung 2014:** Die Staatsrechnung schliesst bei Einnahmen und Ausgaben von CHF 3,25 Mia. mit einem Einnahmeüberschuss von CHF 200 000 ab. Der Staatsrat erhielt Lob für seine strikte Sparpolitik. Stimmen von rechts forderten noch mehr Sparübungen, ohne genau darzulegen, wie sich das realisieren lässt. Die SP machte darauf aufmerksam, dass die Zunahme der Bevölkerung auch mehr Arbeit der Verwaltung nach sich ziehe. Die Lohnverzichte des Staatspersonals dürften nicht unendlich wiederholt werden.

**Tätigkeitsberichte (z.B. FKB, Volkswirtschaftsdirektion, Gesundheitsdirektion):** Der Grosse Rat hat sämtliche Tätigkeitsberichte der Direktionen und staatsnahen Betriebe behandelt. Erfreulich ist, dass die Kantonbank dem Kanton CHF 53 Mio. einbringt. Die SP kritisierte jedoch, dass nur eine einzige Frau in der Direktion und im Verwaltungsrat sitzt. Dies entspreche nicht dem Abbild der Bevölkerung. Die SP kritisiert auch die Ausgaben von CHF 300 000 für die Projekte von „Fribourgissima“ des Volkswirtschaftsdirektors und ist - angesichts der rigiden Sparmassnahmen in anderen Bereichen - nicht überzeugt von deren Wichtigkeit und Wirksamkeit. Eine weitere Sorge äusserte die SP hinsichtlich der Ausgaben für ungerechtfertigte Spitalaufenthalte, z.B. für ältere Menschen mit psychischen Problemen. Dieses Geld sollte besser für die Schaffung von geeigneten Plätzen investiert werden.

**Fusion im Seebezirk - Verlängerung der Kantonssubventionen:** Der Grosse Rat hat dem Gesetz über den Zusammenschluss der Gemeinden Courlevon, Jeuss, Lurtigen, Murten und Salvenach zugestimmt. Die neue Gemeinde wird rund 8 000 Einwohner/innen zählen. Die Kritik eines Grossrates, dass die Fusion hätte umfassender ausfallen sollen, konterte Grossrätin Bernadette Hänni mit dem Hinweis auf die gewaltige Arbeit, die eine Fusion mit sich bringt, das Engagement und die hervorragende Zusammenarbeit unter den entsprechenden Gemeinderäten. Nach dieser gelungenen Fusion hofft sie auf weitere Fusionen im Seebezirk, dies umso mehr, als der Grosse Rat einverstanden war mit einem Vorstoss von Seiten des Gemeindeverbandes, die Kantonssubventionen noch bis 2018 zu verlängern.

**Gesetz über die Pädagogische Hochschule:** Neu verfügt die PH Freiburg über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie ist eine Hochschule gemäss Hochschulförderungs – und – koordinationsgesetz. Noch immer unterstehen (nur) im Kanton Freiburg die Fachhochschulen der Volkswirtschaftsdirektion, obwohl in der Schweizerischen Hochschulkonferenz nur der Erziehungsdirektor Einsitz hat – eine hochschulpolitisch höchst unbefriedigende Situation.

**Volksmotionen der JUSO:** Mittels Volksmotionen schlugen die Jungsozialisten einen Mindestlohn für Lehrlinge, weniger Bürokratie und Unterstützung für die Lehrbetriebe vor. Beihilfe kam allein von Links. Die Rechte brachte lediglich über die Lippen, dass sie die Absichten der Jungsozialisten voll unterstützten, die Motionen aber dennoch ablehnten. Die JUSO zeigte sich enttäuscht, jedoch stolz, dass sie die - eineinhalb Stunden dauernde - Lehrlingsdebatte lancieren konnten.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer